

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 30 (2003)
Heft: 6

Artikel: Abstimmung : Umweltpolitik am Scheideweg
Autor: Crivelli, Pablo / Brodbeck, Gabriela
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909918>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umweltpolitik am Scheideweg

Am 8. Februar entscheidet das Stimmvolk über den Bau einer zweiten Gotthardröhre. Linke und Umweltkreise bekämpfen das Projekt.

PABLO CRIVELLI


EINE DER ZENTRALEN FORDERUNGEN der im Jahr 2000 eingereichten Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen» ist auch im parlamentarischen Gegenvorschlag dazu enthalten: der Bau einer zweiten Gotthard-Tunnelröhre. Dieser Gegenvorschlag gelangt nun am 8. Februar 2004 zur Abstimmung. Die von Automobilkreisen eingereichte, inzwischen jedoch zurückgezogene «Avanti»-Initiative umfasste im Wesentlichen drei Anliegen: den Ausbau einiger Teilstücke der Autobahn A1 via den Bau einer dritten Spur, die Vollendung des Strassennetzes in städtischen Agglomerationen sowie den Bau einer zweiten Gotthardröhre. Das Parlament hat in seinem Gegenvorschlag – entgegen der Empfehlung des Bundesrates – die zweite Gotthardröhre übernommen; beim Ausbau der Autobahnteilstücke beschränkt es sich jedoch auf die Strecke Amsteg–Airolo, während die Autolobby in ihrer Initiative ausdrücklich auch Bern–Zürich und Lausanne–Genf ausbauen wollte. Falls der Gegenvorschlag von Volk und Ständen angenommen wird, erhält der Bundesrat ein Jahr Zeit, um ein Programm zur Umsetzung der Strassenbauprojekte vorzulegen. Die Finanzierung würde durch einen speziellen Fonds gewährleistet, der etwa zur Hälfte aus der Mineralölsteuer gespeist würde. Die Erträge aus dieser Steuer belaufen sich zurzeit auf rund 3,5 Milliarden Franken pro Jahr.

Unterminierung der Verkehrspolitik?

Einen der umstrittensten Aspekte des Gegenvorschlags bildet der Bau einer zweiten Gotthardröhre. Um diese zu realisieren, müsste der 1984 vom Volk angenommene und in der Bundesverfassung festgeschriebene Alpenschutzartikel beschnitten werden. Dieser verbietet nämlich einerseits den

Kapazitätsausbau von Transitstrassen in Alpengebieten und verpflichtet andererseits die Eidgenossenschaft zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene. Vor diesem Hintergrund stimmte das Volk auch dem zurzeit in Bau befindlichen «Alptransit»-Projekt zu, den Eisenbahn-Alpentransversalen durch den Gotthard und den Lötschberg. Umweltkreise kritisieren, dass eine zweite Gotthardröhre die gesamte Schweizer Verkehrspolitik gefährden würde, welche gerade darauf abzielt, den Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Wenn ausländischen Transporteuren eine zweite Gotthardröhre zur Verfügung stünde, warum sollten sie dann auf die Schiene umsteigen? Neben zusätzlichem Lärm und höherer Umweltbelastung würde sich ein weiteres Problem stellen: jenes der Finanzierung. Nach Ansicht der Umweltkreise würden unverhältnismässig hohe Kosten anfallen, und der Bund täte besser daran, diese Milliardenbeträge statt in den Strassenbau in die Bildung, das Schienennetz und die Landwirtschaft zu investieren.

Für mehr Sicherheit

Die Verfasser des Gegenvorschlags argumentieren diametral entgegengesetzt: In ihren Augen rechtfertigt sich der Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard aus Gründen der Sicherheit, des Komforts, des Umweltschutzes und, vor allem, der Verbindung zwischen den Sprachregionen des Landes. Vier anstatt zwei Autobahnspuren würden zudem dazu beitragen, Tragödien wie jene vor zwei Jahren zu verhindern, als eine Lastwagenkollision im Tunnel elf Menschenleben forderte. Damals blieb der Gotthardtunnel während Monaten geschlossen, mit grossen negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Verkehrsfluss. Nach Ansicht der Autoren des Gegenvorschlags dürfte der Bau einer zweiten Röhre am Gotthard das Verkehrsaufkommen nicht erhöhen, sondern verflüssigen. Darüber hinaus würden Investitionen in Strassenbau- und Infrastrukturprojekte das wirtschaftliche Wachstum ankurbeln. 

Übersetzt aus dem Italienischen.

Unheilbare Kriminelle?

Am 8. Februar wird das Schweizer Stimmvolk neben der «Avanti»-Initiative auch über die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter» zu befinden haben. Bundesrat und Parlament empfehlen diese Initiative zur Ablehnung, da die laufende Revision des Strafgesetzbuches eine Reihe von Neuerungen bringe, welche die Gesellschaft besser vor gefährlichen Straftätern schützten. **PC**

Prämiensenkungsinitiative lanciert

Die eidgenössische Volksinitiative «Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung» wurde von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) lanciert. Das Volksbegehren strebt die Änderung von Artikel 117 der Bundesverfassung an. Es sollen Grundsätze für ein stabil abgestütztes, effizientes und preisgünstiges Gesundheitswesen in der Verfassung verankert werden.

Ziele der Prämiensenkungsinitiative sind die Schaffung einer soliden, leistungsfähigen Grundversicherung mit tieferen Prämien sowie eines transparenten Gesundheitswesens mit einfachen Strukturen und weniger Bürokratie. Mit dem neuen «Gesundheitswerk» soll sich der Bürger identifizieren können.

Gefordert wird ferner die konsequente Umsetzung von bereits vorhandenen Anreizen im Krankenversicherungswesen und die Schaffung neuer Anreize für ein kostenbewussteres Handeln. **BDK**

Eidgenössische Volksabstimmungen

8. Februar 2004

Daten der nächsten Abstimmungen 2004

16. Mai / 26. September / 28. November